

Warmes Klima erhitzte die Gemüter

NATIONALE WAHLEN AM ÜBERPARTEILICHEN WAHLPODIUM IM RATHAUS KREUZTEN DIE SITZANWÄRTER DIE KLINGEN

Am vergangenen Dienstag lud der ursprünglich aus Sempach stammende Nationalratskandidat Josef Wyss zum Finale seiner «persönlich»-Diskussionsrunden ins Sempacher Rathaus. Neun Vertreter aus drei verschiedenen Parteien diskutierten heikle Fragen zu Gesundheitskosten, der zukünftigen Beziehung zu Europa und der Schweizer Klimapolitik.

Verschiedenen Meinungen eine Stimme geben zu wollen und dadurch den Politikinteressierten das «grosse Fenster zu öffnen», sei der Grund gewesen, dass er die insgesamt vier Podiumsveranstaltungen der vergangenen Wochen veranstaltet habe, erklärte Kantons-

«Jeder trägt selber auch einen grossen Teil der Verantwortung, indem er selber gesund lebt.»

VRONI THALMANN, SVP, FLÜHLI

ratspräsident Josef Wyss zur Begrüssung seines letzten überparteilichen Wahlpodiums. Mit ihm im gut gefüllten Saal des Sempacher Rathauses als weitere Vertreter der CVP waren Andrea Gmür, Christian Ineichen, Leo Müller und Karin Stadelmann. Als Gesprächspartner aus den Reihen der FDP wurden Martin Huber, Jacqueline Theiler und Albert Vitali willkommen geheissen. Vroni Thalmann, als einziger Gast der SVP, komplettierte die Runde. Oliver Kuhn führte die grosse Runde mit viel Humor und manch schlagfertigen Spruch durch die Diskussion.



Eine illustre Runde versammelte sich am Dienstag in Sempach (von links): Moderator Oliver Kuhn, Leo Müller (CVP-Nationalrat), Andrea Gmür (CVP, Luzern), Karin Stadelmann (CVP, Luzern), Jacqueline Theiler (FDP, Luzern), Josef Wyss (CVP, Eschenbach), Martin Huber (FDP, Entlebuch), Vroni Thalmann (SVP, Flühl), Albert Vitali (FDP-Nationalrat), Christian Ineichen (CVP, Marbach)

FOTO RAMON WOLF

Was darf Gesundheit kosten?

Die Thematik der stets diskutierten Gesundheitskosten konnten die Mitglieder der CVP gleich als Steilvorlage nutzen und Bezug auf ihre neu lancierte Initiative der «Kostenbremse» nehmen. Es gelte, allgemein an Kosten zu sparen, wo nötig, bei einem Potenzial von rund sechs Milliarden Franken aber den Bogen auch

nicht zu überspannen, meinte Gastgeber Wyss. Für die SVP-Vertreterin Vroni Thalmann war der Fall klar: «Jeder trägt selber auch einen grossen Teil der Verantwortung, indem er selber gesund lebt.» Weiter kamen vor allem von Seiten der FDP die Spezialisierung von Ärzten und die Standorte der Luzerner Spitäler zur Sprache.

EU – wie weiter?

Ende Monat steht voraussichtlich fest, wie Grossbritannien und die EU weiter mit dem Brexit verfahren werden. Auch die Schweiz bleibt davon nicht unbeeinträchtigt – für die Teilnehmer des Podiums ein heikles Thema. CVP und FDP sehen dem weiteren Verfahren mit der EU grundsätzlich optimistisch entgegen. So waren sich die Parteiver-

treter grösstenteils einig, dass die Bilateralen mit der EU grundsätzlich nichts Schlechtes gewesen seien, es nun aber an der Zeit sei, klare Verhältnisse zu schaffen und offen zu verhandeln. Vroni Thalmann würde dagegen der Unionsbürgerschaft nicht einmal «den kleinen Finger hergeben».

Hitzige Debatte zur Klimapolitik

Mit den Worten «Es wird langsam warm hier drin» konnte Moderator Oliver Kuhn elegant von den warmen Temperaturen im Tuchlaubensaal und der hitzigen Debatte zum allgegenwärtigen Thema der Klimapolitik überleiten. Diese Thematik erregte die Gemüter der Kandidaten, aber auch die des Publikums, besonders. So wurden im Verhältnis speziell viele Fragen aus dem

Plenum gestellt. Neben der Angst vor drohenden, rattenschwanz-ähnlichen Folgen von Treibstoffpreiserhöhungen kam man allgemein zum Konsens, dass man eindeutig handeln müsse, die entsprechenden Massnahmen aber zwingend verhältnismässig sein sollten. An dieser Stelle wäre speziell die Meinung von Michael Töngi (Grüne) interessant zu hören gewesen, der wie Ylfete Fanaj (SP) und Damian Müller (FDP) unglücklicherweise verhindert war.

Die faire Diskussionsrunde fand mit einem Wahlspruch von je einem Satz ihren Abschluss. RAMON WOLF

Kanton bremst das Wachstum im Surental

RÜCKZONUNGEN NACH BÜRON MIT 1,5 HEKTAREN MUSS AUCH TRIENGEN ZWISCHEN 2 UND 4 HEKTAREN RÜCKZONEN

Rund ein Viertel der Luzerner Gemeinden sind von Rückzonungen betroffen. In der Region verbrummt der Kanton Triengen, Büron und Mauensee dazu, Bauland in Landwirtschaftsfläche rückzuzonen.

Weil das 2013 angenommene Raumplanungsgesetz die Reduktion überdimensionierter Bauzonen vorsieht, muss Büron 15'000 m² Bauland rückzonen (diese Zeitung berichtete). Mit diesem Schicksal steht die Gemeinde im Surental nicht allein. Auch Triengen droht ähnliches Ungemach, sogar in noch grösseren Dimensionen. «Die Zonenpläne und der Planungsbericht sind zur Vorprüfung beim Kanton eingereicht worden. Da es ein laufendes Verfahren ist, können wir keine genauen Rückzonungsflächen bekannt geben. Es sind grob zwischen 2 und 4 Hektaren», erklärt Triengens Bauvorsteher Daniel Schmid auf Anfrage.

«Müssen Bundesrecht umsetzen»

Die dritte vom Kanton als «Rückzonungsgemeinde» eingestufte Kommune in der Region ist Mauensee. 0,87 Hektaren Bauland, das entspricht einer



Triengen muss seine künftige Bautätigkeit einschränken.

FOTO MANUEL ARNOLD

Fläche von 8700 Quadratmetern, sollen der Landwirtschaftsfläche rückgeführt werden. Gemeindeführer Othmar Lussi trägt mit Fassung: «Letzen Endes müssen wir Bundesrecht umsetzen. Die Gemeinde selbst verfügt über kein Bauland. Immerhin haben wir Glück, dass es sich nicht um eine riesige Fläche handelt.» Das Bau- und Zonenreglement Mauensees sei auf gutem

Weg. Bis Ende dieses Jahres will die Gemeinde den Zonenplan zur kantonalen Vorprüfung erarbeiten, in dem niedergeschrieben wird, wo allenfalls rückgezont werden könnte. Geuensee, Knutwil, Neuenkirch, Nottwil, Schenkön und Schlierbach sind «Kompensationsgemeinden». Sie müssen ihre Bauzonen nicht reduzieren, können aber nur einzonen, wenn

sie kompensatorisch auszonen. Quid pro quo.

Als «Einzonungsgemeinde» hat der Kanton Sempach deklariert. Massvoll darf auch Eich einzonen, wie Geschäftsführer Roger Bannwart ausführt: «Im Hinblick auf die durchgeführte Ortsplanungsrevision 2016–18 wurde uns vom Kanton ein künftiges moderates Wachstum zugestanden. Im Moment sind wir punkto Bauland aber ziemlich ausgeschossen.»

Oberkirch ist als «urbane Gemeinde am Zentrum» deklariert. «Dieser Gemeindekategorie wird gemäss Richtplan ein Einwohnerwachstumswert für Neueinzonungen von 0,9 % pro Jahr bis 2035 und ein massgebender Bauzonenbedarf von 145 m²/Einwohner zugestanden», sagt Gemeindepräsident Ernst Roth.

Die Stadt Sursee darf pro Jahr rund ein Prozent wachsen. «Dieses Wachstum wurde bereits im räumlichen Entwicklungskonzept postuliert und wird mittels innerer Verdichtung umgesetzt. Daher muss man in Sursee den Begriff 'Aufzoningsgemeinde' wählen», erklärt Stadtschreiber-Stellvertreterin Karin Fischer.

MANUEL ARNOLD

Begriffserklärungen

«Einzonungsgemeinde»: Die Gemeinde hat mit Blick auf die Bauzonenfläche die kritische Grösse noch nicht erreicht und kann deshalb unter bestimmten Voraussetzungen noch Einzonungen vornehmen.

«Kompensationsgemeinde»: Die Gemeinde hat mit Blick auf die Bauzonenfläche die kritische Grösse erreicht, muss die Bauzonen aber nicht reduzieren. Neueinzonungen setzen allerdings eine kompensatorische Auszoning voraus.

«Rückzonungsgemeinde»: Die Gemeinde hat mit Blick auf die Bauzonenfläche die kritische Grösse deutlich überschritten, dies auch bei Anwendung eines hohen Bevölkerungswachstumsszenarios. Da die Gemeinde zudem über effektiv zur Rückzonung geeignete Bauzonen verfügt, hat sie diese zu verkleinern. RED

Anzeige

FDP
Die Liberalen

Gemeinsam weiterkommen.

Damian Hunkeler in den Nationalrat

EIN MANN MIT PROFIL

direkt. stark. gradlinig.

